

„L. F. F. F. F.“ enthält Dienst-
ag, Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag. Der Bezugspreis beträgt
monatlich 1,20 M., zugunlich Be-
eignung. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Angesetzt werden in der Briefetal-
Bierwender, Bahnhof-Allee 5
und von allen Tages-Expeditionen an-
genommen. Die neuangelegte Poststelle
kostet 25 Pfennig, die Reflektierte 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen
Neuendorf, Borgsdorf,
Briele, Lehnitz, Stolpe
Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005



für Bergfelde, Schönfließ,
Frohnau, Summt
und Umgegend
Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 48 Fernsprecher Amt Birkenwerder 2006 Dienstag, den 25. März 1930 Postfachkonto Berlin 62 448 29. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Das Abbrennen von Hobenbrücken auf Weiden, Feldbräunen, Debland, an Hängen und Wäldchen sowie von Rohr und Schilf ist in der Zeit vom 15. März bis 30. September j. Js. verboten. Zuwiderhandlungen werden bestraft.
Birkenwerder, den 24. März 1930.
Der Amtsvorsteher. Blank.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Eine allgemeine Aufnahme aller hier vorhandenen Hunde erfolgt am 1. April d. Js. Die jedem Hauseigentümer zugehörige Zahlkarte ist von diesem nach anstehender Ausstellung und Bescheinigung der Vollständigkeit bis spätestens 8. April d. Js. im Nummer 2 des Rathauses zurückzugeben. Mit der Ausstellung der Karte wird nicht die vorgeschriebene Mäz und Abmeldung des Hundes demüht, ebenso auch nicht die Gewährung der Steuerfreiheit beantragt.
Anträge auf Steuerfreiheit sind bis zum 31. d. Mts. schriftlich zu stellen.
Birkenwerder, den 24. März 1930.
Der Gemeindevorsteher. Blank.

Hohen Neuendorf.

Wahlvorschlüge für die Schöffen-Stellvertreter-Wahl.
Zur Entscheidung über die Zulassung der Wahlvorschlüge, die mir zu der am 31. März 1930 stattfindenden Wahl des Schöffen-Stellvertreters einreicht werden und zu ihrer Festsetzung habe ich eine öffentliche Sitzung des Wahlamts am Donnerstag, den 27. März 1930, um 19 Uhr, im Gemeindebüro, Zimmer 11 anberaumt, was hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Diskontermäßigung der Reichsbank

Berlin, 24. März.
Der Zentralausschuss der Reichsbank ist für Montag, 24. März, 11 Uhr vormittags, einberufen worden.
Wie aus Bonnkreisen verlautet, dürfte es sich um die Beschlussfassung über eine Diskontermäßigung um 4 Prozent auf 5 Prozent handeln.

Abchluss der Zollfriedenskonferenz

Genf, 24. März.
Die Konferenz zur Stabilisierung der europäischen Handelsbeziehungen hat ihre Arbeiten sachlich abgeschlossen. Die Schlussfugung mit dem Unterzeichnungssakt ist auf den Montag nachmittags 5 Uhr angelegt. Drei Dokumente liegen zur Unterzeichnung auf: 1. Die Konvention zur Stabilisierung der europäischen Handelsbeziehungen, 2. Das Protokoll über weitere Wirtschaftsverhandlungen zum Zwecke der Zollsenkung und des Abbaues der Handelszölle und 3. Die Schlussakte.
Sobald diese Dokumente nicht sofort in der Schlussfugung unterzeichnet werden, kann die Unterzeichnung bis zum 15. April 1930 nachgeholt werden.

Young-Plan vom Kammerausschuss angenommen

Bis zum 30. Juni wird geräumt.
Paris, 23. März.
Der Finanzausschuss der Kammer hat mit allen gegen eine Stimme (Hug. Mandel) den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Youngplans in seiner Gesamtheit angenommen.
In der gemeinsamen Sitzung der Kammerausschüsse für Auswärtiges und für Finanzen führte Briand auf eine Anfrage über die Räumung aus: Frankreich hat keinen Grund und auch kein Interesse, die Rheinlandbesetzung zu verlängern. Alles gestattet mir, zu erklären, dass die Räumung des Rheinlandes zum vorgesehenen Zeitpunkt beendet sein wird. Es wäre denn, es nicht vorher zu sehender Umstand tritt ein, beispielsweise die Weigerung des Parlamentes, den Youngplan zu ratifizieren, damit der für die Räumung festgesetzte Zeitpunkt geändert werden könne.
Der sozialistische Abgeordnete Grumbach fragte unter Verbindung des Begriffs Sicherheit und Rheinlandräumung innerhalb welcher Frist die Räumung beendet sein könne. Ministerpräsident F. A. r. d. e. antwortete hierauf, dass das eine Frage des guten Glaubens und der Auslegung sei; Frankreich habe das größte Interesse daran, möglichst rasch die Räumung vorzunehmen, damit es den moralischen Gewinn der Räumung davontrage.

Norddeutscher Lloyd-Hapag.

Vor der Fusion der beiden Großreedereien.
Die Verhandlungen, die seit einiger Zeit zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie schweben, sind jetzt zu einem gewissen Abschluss gelangt. Das letzte Wort haben allerdings die Aufsichtsräte der beiden Gesellschaften zu sprechen. Der Vorstand des Norddeutschen Lloyd lehnt es deshalb in einer gemeinsamen Erklärung mit dem Vorstand der Hapag ab, zu den Fusionsmeldungen in dem gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen Stellung zu nehmen. In dieser vorsichtigen Erklärung kann man nur eine Bestätigung dafür sehen, dass die Fusion unmittelbar vor dem Abschluss steht.



Die beiden Generaldirektoren.
Carl Stimming (Lloyd) und Dr. Cuno (Hapag).

Nach den vorliegenden Zeitungsmeldungen soll unter Wahrung der Selbstständigkeit beider Gesellschaften eine weitgehende Vereinheitlichung durchgeführt werden. Die beiden größten Reedereien werden durch Personalunion ihrer Vorstände und durch teilweise Poolung der Gewinne miteinander verknüpft werden. Ueber die Einzelheiten der Vereinbarungen verläutert u. a.:
Es wird auf die Dauer von 50 Jahren eine enge Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen. Beide Gesellschaften werden über ihre Schiffe, wie bisher, unter der alten Flagge abfertigen. Die gemeinsame Betriebsführung soll in der Weise gesichert werden, dass die Vorstände gegenseitig übernommen werden, indem der Vorstand des Lloyd durch die Mitglieder des Hapag-Vorstandes ergänzt wird und die Bremer Direktoren in den Hapag-Vorstand eintreten. Auf den wichtigsten Bellinien werden ferner die Schiffe beider Reedereien für gemeinsame Rechnung fahren. Die Gewinne sollen im Verhältnis 1:1 gepoolt werden.
Diese Zusammenarbeit wird sich sowohl auf den Passagierverkehr wie auch auf das Frachtengeschäft erstrecken. In ihrer Finanzgebarung bleiben die beiden Gesellschaften vollkommen selbständig. Eine wichtige Folge der Einigung zwischen Hapag und Lloyd werde darin bestehen, dass der Kampf um die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft sein Ende findet.

Zur Vorgeschichte der Fusion

Schreibt der „Hamburgische Korrespondent“ u. a.:
Kurz nach dem Kriege schien es, als ob die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd zusammengehen wollten. Als aber die Hapag durch Vermittlung der Darmstädter- und Nationalbank die Deutsch-Austral- und Kosmos-Linie und die von diesen Gesellschaften schon vorher gekaufte Stinnes-Linie übernahm, verhärteten sich die Gegensätze beträchtlich. Die Beziehungen wurden abgebrochen. Der Lloyd beantwortete das Vorgehen der Hapag mit Kündigung der Gemeinschaftsdienste, der Heberfremdung der Hamburg-Süd, der Verstärkung seiner Jübringerlinien und vor allem mit den Neubauten „Bremen“ und „Europa“. Die Hapag blieb ebenfalls nicht untätig. Ueberall suchte sie ihre Position durch die Indienststellung von schwelmen kombinierten Fracht- und Passagierschiffen zu stärken. Besonders durch den Umbau der Schiffe der Vally-Klasse, die durch den Einbau neuer Maschinen die Reise über den Ozean in sieben Tagen zurücklegen, hat sie einen allen Anforderungen des Weltverkehrs

genügenden Dienst geschaffen. Damit ergab sich die Situation, dass der Lloyd wohl in einer Linie im Personenverkehr die stärkste Position, dagegen die Hapag auf allen Linien sowohl im Personen- als auch im Frachtverkehr eine gut ausbalancierte Tonnage in Betrieb hatte.

Gefördert wurden die Fusionsverhandlungen durch das Eingreifen der Großbanken, und in dieser Beziehung hat wieder Jakob Goldschmidt, der schon bei der Fusion der Hapag mit der Austral-Kosmos- und Stinnes-Linie mitwirkte, eine führende Rolle gespielt. Auch die Disconto-Gesellschaft dürfte ihren Widerstand nach der Fusion mit der Deutschen Bank aufgeben haben. Als letzter treibender Faktor kann noch die J. S. Schröder Bankfirma in Bremen bezeichnet werden, deren Ziel schon seit langem ein Hamburgisch-Bremer Schiffsverkehrsblock bildete.

Das Genfer Handelsvertragsabkommen.

Werden alle europäischen Mächte unterzeichnen?
Das Abkommen über die einjährige Verlängerung der Handelsverträge ist nunmehr in zweiter und letzter Lesung von dem Vollausschuss der Zollfriedenskonferenz angenommen worden. Die Unterzeichnung und Annahme des Abkommens durch die Vollausschuss soll in den nächsten Tagen erfolgen. Es steht noch nicht fest, ob sämtliche anwesenden europäischen Mächte das Abkommen unterzeichnen werden. Man erwartet, dass einzelne Regierungen es nur unter Vorbehalt unterzeichnen werden.

Die Grundlinien des Abkommens sind folgende:
Die Vertrag schließenden handelsvertraglich gebundenen Mächte verpflichten sich, ihre untereinander abgeschlossenen Handelsverträge bis zum 1. April 1931 nicht zu kündigen. Die Staaten ohne handelsvertragliche Bindungen (England, Dänemark, Norwegen, Holland) verpflichten sich, während der Dauer des Abkommens ihre Schutzzölle nicht zu erhöhen und zu keinen neuen Schutzzöllen zu schreiben. Ausgenommen von diesen Verpflichtungen sind die Handelsverträge zwischen Oesterreich und Ungarn sowie der Tschechoslowakei und Ungarn.
Während der Dauer des Abkommens Zoll-erhöhungen von einer Regierung vorgenommen so kann jede sich dadurch als betroffen ansehende Regierung nach der vorgesehenen 20tägigen Anmeldeung der Zollserhöhungen innerhalb eines Zeitraumes von zwei Monaten Verhandlungen mit der betreffenden Regierung verlangen, um das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen. Scheitern diese Verhandlungen, so kann die betreffende Macht das Abkommen für sich entweder gegenüber der Zollserhöhungen vornehmenden Regierung oder gegenüber sämtlichen am Abkommen beteiligten Mächten kündigen.

Ausgenommen sind jedoch Zollserhöhungen, die infolge dringender Umstände oder infolge geistlicher Notwendigkeiten erfolgen, wobei jedoch auch in diesem Falle das allgemeine Kündigungsrecht gilt. Die Kündigung einer Regierung gibt jeder anderen Regierung gleichfalls das Recht, das Abkommen zu kündigen, falls ihrer Ansicht nach dadurch das gesamte wirtschaftliche Gleichgewicht des Abkommens bedroht wird.
Geltende Handelsverträge dürfen durch neue ersetzt werden. Das gesamte Abkommen tritt am 1. April 1930 in Kraft. Die Ratifizierung muß bis zum 1. November 1930 erfolgen. Falls bis zum 1. Februar 1931 das Abkommen von keiner Seite gekündigt wird, wird es automatisch auf ein halbes Jahr verlängert mit der Möglichkeit weiterer Verlängerung auf ein halbes Jahr.

Wie man sieht, sind die Bestimmungen des Abkommens so kaufmännisch gehalten, dass tatsächlich jede einzelne Regierung volle Handlungsfreiheit hat, zu neuen Zollserhöhungen zu schreiben.

Dampfer „Oceana“ außer Gefahr

Hamburg, 23. März.
Wie von der Hamburg-Amerika-Linie mitgeteilt wird, liegt der Dampfer „Oceana“, der östlich von der Insel Tenedos auf eine Sandbank geriet, an einer völlig gesicherten Stelle. Das Wetter ist gut; die See spiegelglatt. Das Schiff ist vollkommen unbeschädigt, so daß keinerlei Gefahr für das Schiff und die Passagiere besteht. Abschleppversuche werden von Schleppern unternommen.

Bettfedern

Hauptgeschäft: Stadtbahnhof Börse

Neue weiße Gänsehalsfedern mit Daunen, Brustfedern u. allen Federn, wie sie von der Gans fallen, Pfd. 2,50, diese besser 3,50, weiche graue Federn 0,50, weiße 1,75, bessere gut gereinigte 0,50, 1,40, 1,90, Supf., weiß 2,30, 3,30, weiß Schweiß 2, —, 3,50, Daunen 5,80, weiße 7, —, 9,98. Spezialität: Mandarinen-Daunen 3-4 Pfd. zum starken Duckbett, Pfd. 7,50. Stark gef. Oberbetten mit Inlett, 2 m lang 9,95, 11,60, 14,90, 17,65. Unterbetten 7,65, 9,20, 11,90, 13,20, Kissan 2,90, 3,90, 5,40, Daunen-Stopfdecken in all. Farben u. Federfüßen Gänse- Daunen 36, —, 42, —, 50, —, 60, —.

Schaefer

Zweiggeschäft: Wilmersdorfer Str. 83

Frankreichs „Opfer“.

Finanzminister Reynaud über den Youngplan.

Vor den vereinigten Ausschüssen der französischen Kammer (Finanzausschuss und Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten) ertrattete der Finanzminister Reynaud einen ausführlichen Bericht über den finanziellen Inhalt und die Folgen des Youngplanes für Frankreich. Der Damesplan, der fast unvorberichtet zur Rettung der deutschen Währung und der deutschen Wirtschaft geschaffen wurde, so erklärte Reynaud, lehnte die deutschen Verpflichtungen nicht endgültig fest. Der Youngplan diene zur Regelung der im Damesplan offengelassenen Fragen. Das eigene Interesse gebiete es Deutschland, sich von seinen Verpflichtungen freizumachen, denn diese würden nicht verletzt werden können, ohne daß der öffentliche und private deutsche Kredit ganz und gar erschüttert würde.

Frankreich trage offensichtlich ein Opfer, da es an Stelle von 1 300 000 000 aus dem Damesplan nur 1 046 000 000 Franken aus dem Youngplan erhalte. Nur noch von Frankreich hänge es ab, eine erste Auflegung der Obligationen möglich zu machen.

Ministerpräsident Lardieu

erklärte im Laufe der Aussprache bezüglich der Sanktionen, die französische Regierung habe sich bemüht, die Zustimmung Deutschlands zu erhalten und gleichzeitig sich die Möglichkeit zu wahren, im gegebenen Fall allein handeln zu können. In der Mobilisierungsfrage sei es notwendig gewesen, daß Deutschland neue Verpflichtungen übernommen habe. Man habe von Deutschland das Versprechen erhalten, daß es keine Auslandsanleihe vor dem 31. März 1931 aufnehmen werde.

Der Mannheimer Parteitag.

Programmrede des Parteiführers Dr. Scholz.

Der achte Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei wurde Sonnabend vormittag vom Parteiführer Reichsminister a. D. Dr. Scholz in Mannheim eröffnet. Die Mitglieder der Reichstags- und Landtagsfraktionen waren fast vollständig anwesend. Einstimmig wurde auf Vorschlag des Parteivorstandes Geheimrat Kaßl wiederum zum Vorsitzenden des Parteitages gewählt.

Geheimrat Kaßl

nahm die Wahl an und gedachte, während sich der Parteitag erhob, des Todes Dr. Stresemanns, dessen Wählpruch es gewesen sei, durch Arbeit und Opfer die Freiheit des Vaterlandes mit Hilfe einer nationalen Realpolitik zu erreichen.

Dr. Kaßl wies dann darauf hin, daß die Stellungnahme des Parteitages auf die parlamentarische Lage unter Umständen von entscheidendem Einfluß sein könne. Die letzte Verantwortlichkeit bleibe allerdings bei der Reichstagsfraktion der Partei. Die Stellungnahme des Parteitages sollte das Rückgrad für die Haltung der Fraktion bilden.

Auf Vorschlag des Redners sandte Johann der Parteitag ein Telegramm an den Reichspräsidenten, in dem es heißt, der Parteitag gedente zu Beginn seiner Beratungen in entscheidungsschwerer Zeit des Reichsoberhauptes, des lebendigen Symbols der nationalen Einheit aller Deutschen, Dr. Kaßl begrüßte dann den neuen Parteiführer Dr. Scholz, dem die Partei ihr restloses Vertrauen entgegenbringe.

Reichsminister a. D. Dr. Scholz

der alsdann das Wort ergriff, gedachte zunächst des verstorbenen Reichsaußenministers Dr. Stresemann. Stresemanns Wählpruch: „Heran an den Staat!“ habe sich auf die Dauer keine der großen Parteien, auch nicht die Deutschnationale Volkspartei, entziehen können. Die von der Volkspartei erstrebte Zusammenarbeit mit den großen Gruppen rechts und links von ihr werde aber dadurch außerordentlich erschwert, daß beide ein ganz anderes Staatsideal als den Staat von Weimar hätten. Die Deutschnationalen lebten allzu stark in der Vergangenheit und jagten Utopien nach. Dr. Scholz bewuerte in diesem Zusammenhang die Agitation für den letzten Volksentscheid und die Hineinziehung des Reichspräsidenten in die Tagespolitik. Aber auch die Sozialdemokratie stehe in ihrer Gesamtheit durchaus nicht auf dem Boden der Weimarer Verfassung. Historische Aufgabe der Deutschen Volkspartei sei es, gemeinsam mit den übrigen Parteien der verantwortungsbewußten Mitte die beiden großen Flügelparteien zur restlosen Hingabe an den Staat, wie er sei, zu veranlassen oder gar zu erzwingen. Dr. Scholz erklärte weiter, wer Realpolitik treibe, müsse mindestens feststellen, daß ein Regieren gegen oder auch ohne die Sozialdemokratie auf die Dauer kaum möglich sei. Der Redner richtete an die bürgerlichen Parteien, die mit der Volkspartei gemeinsam positive Arbeit leisten wollten, die Aufforderung zum engeren Zusammenschluß, der unter Umständen auch vor einengenden Parteigränzen nicht Halt zu machen brauche.

Weiter betonte Dr. Scholz, es sei für die Partei eine Selbstverständlichkeit gewesen, alles daran zu setzen, um das große vorläufige Endziel Dr. Stresemanns, die Befreiung des Rheinlandes, in kürzester Frist zu erreichen und jeden Schritt zu unterlassen, der diese Absicht hätte gefährden können. Daher rühre die einmütige und positive Haltung der Fraktion zu den Younggeboten und auch zum politischen Einigungsvertrag, der als ein Teil des Gesamtwertes gewertet werden müsse.

Um so stärker aber müsse die Partei nunmehr sich den Fragen der inneren Sanierung der deutschen Verhältnisse auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Finanzen zuwenden. Die Fraktion sei der Ueberzeugung, daß nur der feste und unerschütterliche Wille zur Reform und zur Umkehr auf dem bisher betretenen verhängnisvollen Wege in Betracht komme. Daher rühre ihre

Haltung zur Finanz- und Steuerreform, die sie ohne Rücksicht auf politische Folgen festgehalten habe.

Die Partei werde bei Verfolgung ihrer Auffassung getrenn der Ansicht des Zentralvorstandes von den grundsätzlichen Forderungen, die dieser aufgestellt habe, nicht abweichen und verhoffen, mit allen Kräften innerhalb der jetzigen Regierungsgemeinschaft ihre Auffassung durchzusetzen. Sie werde auch vor den teu-

ten Konsequenzen nicht zurückweichen, falls das nicht möglich sein sollte.

Dr. Scholz verwies zum Schluß auf die große Gefahr des Bolschewismus für die Kultur und Staatenbildung in Europa. Dieser Gefahr müsse in Deutschland ein starker Damm entgegengepflegt werden. Leider verhinderten die ungeheuren Tributleistungen die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Kolonisation des deutschen Ostens.



Das Ernst-Bassermann-Denkmal in Mannheim, das anlässlich des Parteitages der Deutschen Volkspartei am 23. März 1930 enthüllt wurde.

Zentrum und Finanzreform.

Eine Rede Brünings.

Auf der Kölner Zentrumstagung hielt der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums eine Rede, in der er u. a. ausführte:

„Neben eines wollen wir uns klar sein: Vielleicht werden wir in zwei oder drei Jahren nicht mehr die Youngzahlungen aufbringen können, wenn wir weiter im Reich, in den Ländern und Gemeinden die bisherige Ausgabenpolitik fortführen. Aber eine Erleichterung kriegen wir dann unter keinen Umständen von den Gläubigermächten, sondern ich befürchte, wenn wir eine falsche Finanzpolitik machen, nachdem wir nunmehr die Freiheit unserer Finanzpolitik restlos preisgegeben haben, daß uns unangenehme Ueberbahrungen von außen her bevorstehen. Wir werden dann auch wieder kapitulieren müssen, wenn wir nicht den Mut zur Verantwortung aufbringen, aus unserer Freiheit eine die Interessen der Wirtschaft und der Arbeiterschaft, der Landwirtschaft und des Mittelstandes berücksichtigende Finanzpolitik zu machen.“

Steuererhöhungen seien nicht zu umgehen, um die Kassenanierung herbeizuführen. Das Parlament werde um so schneller arbeiten müssen, je unpopulärere Maßnahmen es zu beschließen habe.

Gefängnis für Dr. Mohr.

Die Aussetzung der Hausangestellten Weiter.

In der Berufungsverhandlung gegen den Zahnarzt Dr. Mohr und seinen Mitangeklagten beurteilte die Düsseldorf Große Strafkammer den Angeklagten Dr. Mohr zu zwei Jahren 6 Monaten Gefängnis; Frau Hildebrandt und der Kraftwagenführer Albert erhielten je sechs Monate Gefängnis.

Wie erinnerlich, hatte Mohr in der Nacht zum 2. Dezember 1928 die Hausangestellte Emmy Weiser, zu der er in intimen Beziehungen gestanden haben soll, im hilflosen Zustande auf einer Höhe von Ohligs ausgelegt. Sie starb einige Tage darauf. Die erste Verhandlung endete mit einem sensationellen Freispruch aller drei Angeklagten auf Grund einer Lüge im Gefolge. Gegen den Freispruch hatte der Staatsanwalt, der schwere Freiheitsstrafen beantragt hatte, sofort Berufung eingelegt.

Bei den Angeklagten Mohr und Hildebrandt wird die erlittene Unterjochungshaft angerechnet. Das Gericht hat ferner beschlossen, gegen den Angeklagten Mohr Haftbefehl zu erlassen mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe und darauf, daß er im verflochtenen Jahre sich einer Erreichbarkeit entzogen hat, ferner da in hohem Maße auch heute noch Fluchtbedacht vorliegt. Gegen dieses Urteil steht den Angeklagten das Rechtsmittel der Revision zu. Die Kosten des Verfahrens werden den Angeklagten auferlegt.

Dietrich über die Zuderzölle

Karlsruhe, 23. März.

Vor einer überaus zahlreichen Zuhörerschaft, unter der sich auch der badische Staatspräsident befand, sprach Reichsernährungsminister Dr. Dietrich im Landwirtschaftlichen Klub über das Thema „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der deutschen Landwirtschaft“. Der Minister erläuterte das neue Agrarprogramm der Regierungsparteien und wies u. a. daraufhin, daß die Forcierung der Zuderzölle gebunden werden sollte an eine vorherige freiwillige Kontingenterzeugung, die verhindert, daß in Deutschland mehr Zuder erzeugt als verbraucht werde; denn jede Zuderexportur sei mit Verlusten verbunden. Was den Tabakbau betreffe, so wünsche er eine Ordnung im Anbau und eine Steigerung der Qualität.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen lenkte der Redner auch den Blick nach dem Osten, der aus seiner Not, die ihn zu Grunde zu richten drohe, herausgerissen werden müsse.

Feuer in einer Menagerie.

Löwen von Flammen umzingelt.

In einem Zirkus in Birmingham brach ein Feuer aus, das mit ungeheurer Geschwindigkeit sich griff und unter den Tieren der Menagerie einen riesigen Tumult verursachte. Am schwerigsten gestaltete sich die Rettung der in einem großen Käfig befindlichen acht Löwen, durch dessen Eisentüren die Flammen schlugen.

Der Löwenhändler begab sich in den Käfig und es gelang ihm auch nach vieler Mühe und ohne Verletzt zu werden, die wildgeordneten Tiere zu beruhigen. Er konnte sogar einigen Tieren Säfte auf die bereitverkauften Mäuler streichen. Die Esanten behielten sich verhältnismäßig ruhig; nur zwei traten in ihren Schreien einen Wüter, der schwer verletzt wurde. Die Pferde brachen aus und mußten später im Zirkuspark eingezogen werden. Ein Kunstreiter, der in dem Hauptzelt trainierte, mußte durch die Flammen hindurchreiten, wobei sein Pferd schwere Brandwunden erlitt. Schließlich wurde noch ein Mädchen des Personals bei dem Versuch, dressierte Säue zu reiten, schwer verletzt.

Der Zirkus, einer der größten Wanderzirkusse Englands, hatte erst vor einigen Tagen Schade erlitten, als das große Manegezelt unter einer Schneelast zusammenbrach.

Bon Schneelawinen verschüttet.

Der weiße Tod im Engadin.

In der Silvretta-Gruppe in der Schweiz ereigneten sich fast zu gleicher Zeit Lawinenunfälle an zwei verschiedenen Stellen, wobei beide Male deutsche Skifahrer ums Leben gekommen sind.

An einer sonst ungefährlichen Stelle auf der Altsfarur gerieten die beiden Brüder Mägels aus München in eine Lawine. Der Banbeamte Anton Mägels wurde auf der Stelle getötet, während sein Bruder Alois sich aus der Lawine selbst herausarbeiten konnte.

Das J. a. t. a. l., ebenfalls in der Silvretta-Gruppe, wurde fast gleichzeitig der Schauplatz eines Lawinenunfalls. Sechs reichsdeutsche Skifahrer, der Regierungsbaumeister Heinrich aus Heilbronn, seine Frau und einige Bekannte aus Stuttgart, passierten einen Hang oberhalb der Jamhöhe. Eine andere Gruppe von Skifahrern fuhr oberhalb dieses Berges.

Bon einer zweiten Grupp trieb plötzlich ein großes Schneebrett ab, das die beiden unten Schenden in die Tiefe riß. Während zwei Personen sich nach kurzer Zeit aus den Schneemassen befreien konnten, wurde ein gewisser Reich aus Stuttgart nach langem Suchen zwar noch lebend, aber mit schweren Verletzungen aus der Lawine herausgeholt. Er blieb insgesamt 6 Stunden unter den Schneemassen begraben. Die übrigen drei Teilnehmer wurden später tot geborgen.

Die Toten sind: Die Frau des Regierungsbaumeisters Heinrich und die beiden Studentinnen Lotte Wergo aus Stuttgart und Helga Dries aus Freiburg.

Noch eine Partie überrascht.

Nach einem Telegramm aus Chamonty wurden vier Deutsche, die zu einer Skitour in der Umgebung der Haifischhütte aufgebrochen waren, von einer Lawine überrascht. Zwei von den Deutschen wurden auf der Stelle getötet. Die Toten sind der Stuttgarter Goebel und Edgar Difant aus Innsbruck.

Schlusdienst.

Finanzierung des Märzultimo ohne Kreugervorschub

Berlin, 23. März.

Die Meldung, daß das Reich zur Ueberwindung der Kassen Schwierigkeiten bis Ultimo März einen Vorschub auf die Kreuger-Anleihe aufnehmen müsse, entspricht nicht den Tatsachen. Die Finanzierung des Märzultimo ist gesichert. Es ist zwar richtig, daß der Abschluß eines Vertrages über eine Bevorzugung der Kreuger-Anleihe befohlen, jedoch werden die daraus dem Reich zuzuführenden Beträge später gezahlt. Sie sind auch zu einer Ueberbrückung des Märzultimo nicht erforderlich.

Reichsbahn erhöht wieder!

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hält am heutigen Montag eine Beratung ab, in der, wie schon jetzt feststeht, die Reichsregierung aufgelöst werden soll, mit äußerster Beschleunigung dem seit langer Zeit vorliegenden Antrag der Reichsbahn auf Zuerhöhung zustimmen. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn wird dem Verwaltungsrat die Mitteilung machen, daß im Monat Januar ein veranschlagt um 28 Millionen Mark weniger Einnahmen zu verzeichnen gewesen sind, als im Voranschlag für die laufenden Ausgaben, als in der Hauptpläne für die Personalkosten und die laufenden Kosten, vorgesehen waren. Auch im Monat März ist die Einnahme gleich um etwa eine Million Mark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Der Voranschlag sieht tägliche Einnahmen von 16-20 Millionen Mark vor, für März etwa mit einem Durchschnitt von 18,5 Millionen. Es werden auch im März wieder 28-30 Millionen Mark weniger Einnahmen zu verzeichnen sein. Damit fehlen der Reichsbahn etwa 5 Prozent der Einnahmen für die laufenden Ausgaben. Dieser Projektion muß nach Ansicht der Reichsbahn durch eine Tarifhöhung wieder heringebrahrt werden.

Grüner ausgeflogen.

Der Republikanische Widerbund, Ortsgruppe Berlin, beschloß unter dem Vorsitz des Oberverwaltungsgerichtsrats Kroner, die Mitgliedschaft des Senatspräsidenten Richter am Verwaltungsamt des Reichspräsidenten Richter, Senatspräsident Schürer erklärte, daß er gegen die Entscheidung bei der Generalversammlung des Bundes Einspruch erhebe.

Amerika erwartet neuen Weltrekorde

der „Europa“.

New York, 23. März. Die „Europa“ hat auch am dritten Tage ihrer Fahrt trotz Gegenwindes und ziemlich schwerer See ausgezeichnete Fahrt gemacht. Das Schiff hat 701 Seemeilen zurückgelegt bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 23,04 Knoten. Diese Leistung liegt nur um ein geringes unter der gestrigen Höchstleistung. Das Wetter ist ausgesetzt. Wenn sich auch auf dem amerikanischen Kreuz der Golfstrom unglücklich auswirkt, wird doch in diesen Schiffsreisen mit einem neuen Weltrekorde gerechnet. Das Interesse an der Jungfernfahrt des Schiffes wächst hier an jedem Tage des Abertommens.

Im Konferenzraum der Kommerz- und Privatbank, Gde. Müllerstraße in Berlin, wurden heute vormittag der Kassiererin der Westfälische Gebirgs-Küster von einem hinter ihr folgenden Mann 20 000 Mark geraubt.

Berlin telefoniert mit Rio de Janeiro

Die drahtlose Fernsprechverbindung von Berlin nach Rio de Janeiro ist am Freitag nachmittag im Kaiserhof feierlich eröffnet worden. Staatssekretär Dr. von Schuberth begrüßte am Fernsprecher den Vertreter des brasilianischen Außenministers Dr. Belloso, durch den er dem Präsidenten von Brasilien und dem brasilianischen Außenminister die Grüße der Reichsregierung übermittelte. Die Überbrückung der gewaltigen Entfernung durch das geprobene Wort bedeute nicht nur einen Fortschritt der Technik, sondern auch ein Mittel weiterer Verständigung und Annäherung beider Völker. Der Staatssekretär gab dem Wunsch Ausdruck, die neue drahtlose Verbindung möge dazu beitragen, die zahlreichen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Brasilien enger zu gestalten. Dr. Belloso übermittelte seinerseits die Grüße der brasilianischen Regierung und ihre Wünsche für den Reichspräsidenten. Er sprach die Überzeugung aus, daß der Radio-Telefondienst zwischen Brasilien und Deutschland ein Faktor von größter Tragweite für die Zukunft der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern sein werde.

Anschließend tauchten der Staatssekretär des Reichspostministeriums Dr. Fengerabend, der brasilianische Botschafter in Berlin, Prof. Georg Bernhard, als Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Presse und der Präsident der Deutsch-Brasilianischen Handelskammer in Hamburg mit dem brasilianischen Verkehrsminister, dem deutschen Geschäftsträger in Rio de Janeiro, einem Vertreter des Verbandes der brasilianischen Presse und dem Präsidenten des Deutsch-Brasilianischen Firmenvereins in Rio Ansprüche aus. Die Verständigung war vorzüglich.

Luftverkehr Deutschland-Brasilien

Gleichzeitig mit der Eröffnung des drahtlosen Fernsprechverkehrs Rio-Berlin ist heute zum ersten Male der kombinierte Luftpostverkehr mit Deutschland aufgenommen worden. Der am Mittwoch vormittag nach Lissabon auslaufende Dampfer „Kap Arcona“ wurde auf der Höhe von Fernando Noronha von einem Postflugzeug am Freitag eingeholt und übernahm die Sendungen, die von Lissabon im Flugzeug nach Deutschland weiterbefördert werden.

Neue preussische Goldpfandbriefe.

Einführungskurs 97 Prozent.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst erfährt, hat die Preussische Landespfandbriefanstalt den vor kurzem zur Zeichnung aufgelegten Betrag von 5 Millionen Goldmark ihrer Srozentigen reichsmündel-sicheren Goldmark-Pfandbriefe ausverkauft. Damit sind die Reihen 17 und 18 im Gesamtbetrag von 40 Millionen Goldmark in vollem Umfang untergebracht. Um die vorliegenden weiteren Aufträge ausführen zu können, stellt die Anstalt eine neue Reihe 19 ihrer Srozentigen Goldmark-Pfandbriefe zum freizügigen Verkauf. Die Abrechnung erfolgt zum Vorkurs von der Reihen 17 und 18. Die Pfandbriefe sind bis zum Jahre 1936 unfällig und mit April/Oktober-Zins-scheinen ausgestattet. Die Einführung an den Börsen in Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Düsseldorf und Eisen wird unverzüglich in die Wege geleitet; der Einführungskurs ist mit 97 Prozent in Aussicht genommen. Der Erlös sämtlicher Emissionen dient zur Förderung des A einwohnungsbaus im Gebiet des preussischen Staates.

Die Reichspost im Jahre 1929.

Fortgeschrittene Mechanisierung.

Dem Reichstag ist vom Reichspostministerium soeben ein Tätigkeitsbericht für 1929 vorgelegt worden. Aus ihm geht hervor, daß das letzte Jahr im Zeichen des weiteren Ausbaus der in Organisation, Verwaltung und Betrieb in den letzten Jahren eingeleiteter und durchgeführten Reformmaßnahmen stand. Ende 1929 waren 45 Prozent aller Hauptanstalten als selbstständig betriebene Vermittlungsstellen herangeführt. Auf den Gebieten der Mechanisierung, Normung und Typung zeigte sich ein reges Vorwärtstreben. Im Rahmen der Betriebsbedürfnisse konnten umfangreiche Lieferungsbestellungen an die allgemeine Wirtschaft vergeben werden; die der Arbeitslosigkeit wesentlich feuernden. Die Bestrebungen der Reichsregierung auf wirtschaftliche Berücksichtigung des Ostens sowie der Befestigung der sonstigen Grenzgebiete wurden durch Vergabung von namhaften Aufträgen wirksam unterstützt. Der Gesamtverkehr hat sich im allgemeinen zufriedenstellend entwickelt.

Lebensschicksale eines früheren Berliner Rechtsanwalts

Ein Opfer der Kofain- und der Spielleidenschaft.

Bor 4 Jahren verschwand plötzlich aus Berlin: der damalige Rechtsanwalt Dr. Theodor Ahrens, der sich in verhältnismäßig kurzer Zeit eine nicht unbedeutende Straf- und Zivilpraxis erworben hatte. In eingeweihten Kreisen ging das Gerücht, daß der begabte junge Anwalt ein Opfer des Kofains und der Spielleidenschaft geworden sei. Er halte auf einmal seine Praxis völlig vernachlässigt und sich auf zweifelhafte Geschäfte eingelassen, die eine Reihe von Straf-urteilen gegen ihn zur Folge hatten. Nach einem völligen seelischen Zusammenbruch, vertieß Dr. Ahrens Hals über Kopf Berlin und hat seitdem ein abenteuerliches Leben im Orient geführt. Er hat sich seinen Lebensunterhalt als Pianist in Kinos und Jazzband-Kapellen, als Portier in großen Hotels, als Kontinentenpächter in Kleinasien und schließlich als Koch auf einer Segelyacht im Mittelmeer verdienen müssen. Nach 4jährigem Aufenthalt im Orient hat er nun den Entschluß gefaßt, unter sein Abenteuerleben einen dicken Strich zu machen und sich zur Erledigung des Strafverfahrens den Gerichtsbehörden zur Verfügung zu stellen. Rechtsanwalt Dr. Fontheim hat für ihn den Antrag auf sicheres Geleit bei der Staatsanwaltschaft gestellt und will geltend machen, daß, soweit überhaupt eine strafbare Handlung vorliegen sollte, diese nur im Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit, hervorgerufen durch übermäßigen Kofaingenuß, begangen sein könne.

Jules Verne.

Zu seinem 25. Todestag am 24. März 1930.

Mit welcher Begeisterung lasen wir bereits als Jungen Werke von Jules Verne, wie z. B. „Die Abenteuer des Kapitän Hatteras“, „Die Reise um die Erde in 80 Tagen“ und wohl am allermeisten: „Die Kinder des Kapitän Grant“. Man wußte nicht, was mehr daran zu bewundern war, Verne's salbathafte naturwissenschaftliche Kenntnisse, oder seine blühende Phantasie.

Und doch ist der weitaus größte Teil seiner Entdeckungen und Erfindungen im Laufe der letzten 50 Jahre zur Tatsache geworden. — Als noch lenkbares Luftschiff, Unterseeboot, Kiefeneisenbahn und Telephon für undenkbar gehalten wurden, da hat bereits Jules Verne diese Erfindungen prophezeit, und seine roman-hafte Phantasie hat in fast all diesen Dingen dem Techniker gegenüber recht behalten. — Nur „Die Reise nach dem Monde“ steht noch aus, aber wenn unsere Wissenschaft auf dem Gebiete der Technik so weiter voranschreitet, wie in den letzten 30 Jahren, dann werden unsere Nachfahren es wohl noch erleben, daß auch dies einst zur Tatsache wird.

Wieviele junge Leute in allen Kulturländern verdanken Verne ihre ersten naturwissenschaftlichen Kenntnisse, und es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß mancher spätere Erfinder und Bahnbrecher von ihm zuerst angeregt worden ist. So erzählt der Nord-polsforscher Beard, daß für ihn Verne's „Kapitän Hatteras“, der nach ungläublichen Höhen zum nördlichsten Punkte der Erde gelangt, einer der stärksten Jugendeindrücke gewesen sei.

Jules Verne, am 8. Februar 1828 zu Nantes geboren, begab sich nach Beendigung seiner Schulstudien in seiner Vaterstadt nach Paris, wo er zuerst in Hegels „Magazin Illustré d'Education“ im Jahre 1863 eine phantastische Entdeckungserzählung veröffentlichte unter dem Titel „Cinq semaines en ballon“ (Fünf Wochen im Ballon), welche einen äußerst lebhaften Beifall fand. Mit dieser Erzählung begann Verne die lange Folge seiner „außerordentlichen Reisen“, womit er eine ganz neue Literaturgattung schuf, den Lehrhaften, aber zugleich wissenschaftlichen Roman, wozu er sich ganz besonders eignete, so daß sehr bald sein Ruf und seine Volkstümlichkeit fest begründet waren. — Verne führte in allen seinen Werken seine Fabeln durch alle Vorkälle und durch die verwiddesten Situationen in spannender und geschmackvollster Weise sicher hindurch, wobei ihm seine ganz ungewöhnliche Beschreibungs-gabe zuflakten kam. — Im Jahre 1878 erschienen seine „Deuxes completes“ in 34 Bänden, wovon später zwei Werte zu großen Feenkaufspielen verarbeitet wurden. Es waren dies seine bekanntesten Bücher: „Die Reise um die Erde in 80 Tagen“ und „Die Kinder des Kapitän Grant“.

Verne hat es stets verstanden, die Fikale seiner realen Kenntnisse mit verhörender Poetik geschickt zu verbinden und immer spannend zu bleiben, auch wo er lehrhaft wurde. Sein lebenswürdiger Humor aber machte seine Werte auch für Erwachsene zu einer stets interessanten Lektüre. H. Stolb.

Kofales.

Kein Geld in Briefen! In der Zeit der Konfirmation und Kommunion hat mancher seinen Lieben ein Geschenk zugebacht, häufig in Gestalt eines Geldbetrages. Leider werden immer noch Geld und geldwerte Gegenstände in gewöhnlichen Briefen verschickt. Briefkastenräubern sind sehr oft namhafte Geldbeträge in die Hände gefallen. Die Post leistet für Verlust oder Beraubung gewöhnlicher Briefe keinen Ersatz. Aber auch die Verbrennung von Geld in Einschreibbriefen ist nicht zu empfehlen. Geht ein derartiger Brief verloren, so erhält der Abgeber bis 40 Mark Ersatz. Wird ein Einschreibbrief nur seines Geldinhalts beraubt, so ist die Post nicht ersatzpflichtig, da sie nach § 10 des Postgesetzes nur für den Verlust, nicht aber für die Beschädigung (Beraubung) eines Einschreibbriefes haftet. Daher sollte Geld nur mit Zahlkarte oder Postanweisung, unter Umständen im Geldbrief verschickt werden.

Der Zuschuß der Arbeitslosenversicherung. Die Zahl der hauptunterstützungsberechtigten Arbeitslosen betrug am 12. März 2 313 000. Das bedeutet eine Abnahme von 65 000. Am 28. Februar betrug die Zahl noch 2 378 000. Arznenunterstützung erhielten am 12. März 281 000 gegen 283 000 am 28. Februar. Der Selbstbetrag der Arbeitslosenversicherung beträgt trotz der im Nachtragshaushalt vorgelegenen Zuschüsse noch immer 40 Millionen Mark. Daher wird man voraussichtlich, um den Bedarf für das gesamte Jahr zu decken, noch etwa 40 Millionen Mark anfordern müssen. Die Zahl der Gesamtunterstützten einschließlich der Ausgefuehrten dürfte etwas über 3 Millionen liegen.

Starker Verkehrsrückgang bei der Reichsbahn. Mit der außerordentlich gespannten Finanzlage der Reichsbahn beschäftigte sich eine Sonderprüfung des Reichsbahnzentralamts. In den internen Berprechungen kam zum Ausdruck, daß die Charnahmen in weitestem Ausmaße durchgeführt werden müßten, wenn die jetzige Finanzkrise überwunden werden sollte.

Seppich-Schrager Berlin, Invalidenstr. 141. Seppiche ohne Webefehler 12.50, Seppiche ohne Web fehler 16.50, Seppiche ohne Webefehler 22.50, Seppiche ohne Webefehler 29.50. Läuferstoffe, Verbindungsstücke, Bettvorlagen, Gardinen, Stores, Bettdecken. Dekorationen werden in eigener Werkstatt auf das eleganteste hergestellt. Federbetten und Bettwäsche. Kulante Zahlungs-Erleichterung!

Die Landflucht. Im Zeitraum von 1871 bis 1925 hat sich in Deutschland der Anteil der Stadtbewönerung an der Gesamtbewönerung fast verdoppelt. 1925 wohnten 64,3 Prozent aller Deutschen in den Städten. Der gesamte Bevölkerungszuwachs von 41 Millionen (1871) auf 62 Millionen Menschen (1925) ist ausschließlich den Städten zugute gekommen; ja noch mehr, die Landbevönerung ist heute um 4 Millionen geringer als 1871. Gab es im Jahre 1871 in Deutschland acht Großstädte, so ist diese Zahl im Jahre 1925 auf 45 angefielien. Die Großstadtbewönerung hat sich in diesem halben Jahrhundert verdachft, während sich die Stadtbewönerung etwa verdreifacht hat.

Was der Westen vom Osten wissen sollte. Die Reise der geradezu grotesk anmutenden Postkuria über unsere Provinz wird wieder einmal bereichert durch zwei Ausflügelungen, deren Urheber mittel- und westdeutsche Behörden sind. Das Hessische Ortsgericht in Mainz schreibt: „An den Herrn Regierungspräsidenten in Schneidemühl, Regierungsbezirk Bromberg, Kreis Kolmar an der Raddow“, frankiert, aber wenigstens noch nicht mit Auslandsporto wie es z. B. das preussische Amtsgericht Wettmann, Reg.-Bez. Düsseldorf, fertig brachte, das „An das Standesamt in Breslau, Polen mit dem ausdrücklichen Zulage „Ausland“ schrieb. Es wäre doch gut, wenn es sich auch im Reg.-Bezirk Düsseldorf herumsprechen würde, daß ein Teil des Ostens glücklicherweise noch deutsch geliebt ist.

Aus der Mark.

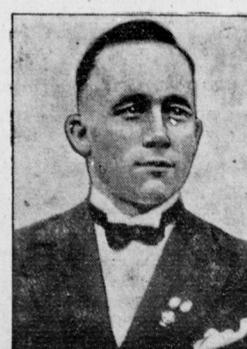
Zum Rücktritt Momms

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern, Prof. Dr. Baentig, unter dem 21. März d. J. an den Regierungspräsidenten Momms das folgende Schreiben gerichtet: Ihr Rücktritt aus dem bisher von Ihnen verwalteten Amte des Regierungspräsidenten in Potsdam hat mich mit aufrichtigem Bedauern erfüllt. Die Gründe, die Sie zu diesem Entschluß bestimmt haben, geben mir besondere Veranlassung, mit dankbarer Anerkennung der zahlreichen Verdienste und schönen Erfolge zu gedenken, die Sie sich in jahrzehnte langer treuer und gewissenhafter Pflichterfüllung nicht nur in Ihrer letzten Dienststelle, sondern auch auf allen übrigen von Ihnen bekleideten Posten erworben haben. Das Bewußtsein eines in aufopfernder und selbstloser Hingabe dem Staatsdienste gewidmete Leben und die unveränderliche Hochachtung aller Menschen, mit denen Sie unersichtlich oder auferdienstlich in Berührung gekommen sind, begleiten Sie in Ihrem Ruhestand und werden Sie alle die Kämpfe und Enttäuschungen, die Sie zur Zeit erleben, überwinden lassen. Mit dem Ausdruck meiner besonderen Wertschätzung bin ich Ihr sehr ergebener gez. Baentig.

Potsdam. Heiratsunfall in Potsdam? Deutschland hat 42 Mittelstädte mit einer Einwohnerzahl zwischen 50 und 100 000. Nach den Unterlungen der statistischen Vierteljahrsberichte des Deutschen Städteverbandes kommen für das 3. Quartal des Vorjahres auf jedes Tausend der Bevölkerung 9,9 Eheschließungen. Potsdam hat aber nur 9,3 Eheschließungen auf das Tausend seiner Einwohner zu verzeichnen und liegt unter dem Gruppendurchschnitt der Mittelstädte. Die höchste Heiratsziffer unter den Mittelstädten erreichte Ulm mit 13,5, dann folgen Würzburg, Gladbeck. Am tiefsten stehen Regensburg mit 7,6, Tilsit mit 7,9 und Flensburg mit 8.

Sietenzien. Der Fall Grundemann-Breesen kam im Ostpreussischen Kreisrat zur Sprache. Es handelt sich bekanntlich um das Verfahren, das gegen den Landwirt Grundemann wegen Freiheitsberaubung gegenüber seinem schwachmündigen Bruder eingeleitet worden ist. Bei der Beratung des Wohlfahrtsauschaltts wurden von der sozialdemokratischen Fraktion schwere Vorwürfe gegen den Landrat Lindenberg erhoben, weil er als Leiter des Wohlfahrtsamtes nicht das Nötige veranlaßt habe, um einen so skandalösen Fall zu verhindern. Der Landrat gab daraufhin die Erklärung ab, daß die in die Öffentlichkeit gelangten Meldungen über den Fall stark übertrieben seien. Soweit seine Amtsbefugnisse es zugelassen hätten, sei auch in diesem Fall alles Nötigste veranlaßt worden. Die Kreissteuer wurde nicht erhöht.

Forst. Ein schwerer Unfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich auf Grube Konrad in Groß-Stölzig bei Forst. Der 43jährige Schlepper Gustav Schall Schmidt arbeitete in einer Tiefbaustrecke, als plötzlich ein Teil des Deckenberges zu Bruch ging. Schall Schmidt wurde von den niederbrechenden Sandmassen völlig begraben. Trotzdem man sofort an die Rettungsarbeiten ging, gelang es erst nach 25 Minuten, den Verunglückten freizulegen, der aber inzwischen schon tot war. Der Tod ist durch Erstickten eingetreten. Die Leiche wurde durch einen zweiten Bruch erneut verschüttet und konnte erst nach längerer Zeit geborgen werden.



Aus 5166 Meter Höhe abgeprungen. Der Würzburger Flugzeugführer Georg Reich stellte mit einem Fallschirmabprungen aus 5166 Meter Höhe eine neue Weltbestleistung auf. Der alte Rekord hand auf 4300 Meter.

